

Sozialdemokratischer Parteitag zu Magdeburg.

Zur Resolution des Parteivorstands und der Kontrollkommission ist folgende Zusatzresolution eingegangen:

(einzufügen am Schlusse des zweitletzten Absatzes hinter „allerhöchste Zustimmung aus“):

„und erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen.“

Ein weiterer Antrag, der von 113 Genossen unterschrieben ist, lautet:

Um die Wiederholung der die Parteibewegung hemmenden Konflikte zwischen einzelnen Landtagsfraktionen und der Gesamtpartei zu verhindern, beschließt der Parteitag, eine Kommission zum Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reichs und der Bundesstaaten einzusetzen.

Dieser Kommission sollen, außer einem Delegierten des Parteivorstands, Vertreter der Parteiorganisationen aller Bundesstaaten angehören. Das von der Kommission gesammelte und durchberatene Material ist rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender Dieß eröffnet um 9 1/2 Uhr die Verhandlungen. (Die Galerien sind überfüllt.)

Zur Verhandlung steht die badische Budgetbewilligung.

Zur Resolution des Parteivorstands ist ein Zusatzantrag eingegangen, in dem vorletzten Absatz hinter „die allerhöchste Zustimmung aus“ anzuschließen: „und erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen.“

Vors. Dieß: Dieser Antrag soll bereits eine starke Zahl von Unterschriften gefunden haben. Ich will aber vorläufig noch nichts darüber sagen, ehe die Unterschriften nicht endgültig vorliegen.

Reil-Stuttgart (zur Geschäftsordnung): Die Mitglieder der badischen Landtagsfraktion, die in diesem Jahre für das Budget gestimmt haben, sollen jetzt bei der Beratung dieses Gegenstands der Tagesordnung vor Ihnen als Angeklagte auftreten. Da muß es selbstverständlich sein, daß man ihnen auch die Möglichkeit der ausgiebigen Verteidigung gewährt. (Zurufe: Selbstverständlich!) Deswegen schlage ich vor, daß sofort nach dem Genossen Bebel ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion mit unbeschränkter Redezeit zu Worte kommt. (Pfaukuch ruft: Das haben wir als selbstverständlich angenommen!) Bis jetzt ist es noch nicht festgestellt. Aber damit ist den badischen Parteigenossen noch nicht die ausreichende Möglichkeit zu ihrer Verteidigung gegeben. In einem Prozeßverfahren ist es natürlich das Wichtigste, daß man auf unrichtige und falsche Darlegungen, die sich im Verlaufe der Verhandlungen herausstellen können, zum Schlusse wieder antworten kann, um sie richtigzustellen. Daher ist erforderlich, daß ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auch am Schlusse der Debatte zum Parteitag dieses Recht hat. Ich schlage vor, daß jedem Angeklagten, vor dem bürgerlichen Gerichte eingeklagt wird, werden wir es auch den hier Angeklagten nicht verweigern können. Ich beantrage also, daß Sie nicht nur einem Vertreter der badischen Landtagsfraktion nach Bebel mit unbeschränkter Redezeit hören, sondern daß Sie ihm auch die Rechte eines Korreferenten einräumen.

Bebel: Wenn offiziell gemeldet worden wäre, wer von Seiten der badischen Genossen in deren Namen das Wort führen soll, so wäre ihm bereits von unserer Seite erklärt worden, daß es selbstverständlich ist, daß er in umfangreichster Weise nach mir und auch später zu Worte kommen soll. Ich kann konstatieren, daß in der Sitzung, die der Parteivorstand und die Kontrollkommission am Sonntag gehabt haben, darüber einmütiges Einverständnis herrschte. Selbstverständlich wird der sozialdemokratische Parteitag nicht hinter bürgerlichen Gerichten in bezug auf Ausübung von Recht und Gerechtigkeit zurückstehen wollen. (Zustimmung.)

Vors. Dieß: Ich hoffe, daß die Erklärung des Genossen Bebel völlig ausreicht, um alle Bedenken zu zerstreuen. Ich hätte dieselbe Erklärung abgegeben, wenn wir vor der Eröffnung der Diskussion gestanden hätten, aber wir stehen erst vor der Entgegennahme des Referats. So wie Bebel es gesagt hat, so wird Verfahren werden.

Auer-München: Dem Vorsitzenden des Parteivorstands ist gemeldet worden, daß ein Genosse der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion und zwar der Genosse Dr. Frank als Korreferent in Betracht kommen solle. Es wurde und auch zugefügt, daß vor dem Referat Bebel diese Erklärung abgegeben werden sollte. Wir glauben damit das zu tun, was notwendig ist, um eine geordnete und gerechte Behandlung der strittigen Frage herbeizuführen.

Vors. Dieß: Diese Angelegenheit ist damit erledigt.

Bebel: Parteigenossen, als wir vor zwei Jahren in Nürnberg auf dem Parteitag über dieselbe Frage eine Resolution faßten, nahmen wohl alle an, daß nunmehr auf wenigstens abschätzbare Zeit hinaus, die Budgetfrage einen Parteitag nicht mehr beschäftigen werde. Die Resolution erklärte positiv und strikt, daß aus grundsätzlichen Anschauungen heraus, die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften, im Reichstage und in den Landtagen verpflichtet seien, gegen das Budget zu stimmen. Es ist daher für mich keine sehr angenehme Aufgabe, heute abermals dazu das Wort nehmen zu müssen. Ich wäre lieber fern von Madrid geblieben. Aber nachdem einmal die Dinge so gekommen sind, wie sie im Augenblick liegen, habe ich mich verpflichtet gesehen, alle sonstigen Rücksichten zurückzustellen und das Referat zu übernehmen.

In der Resolution von Nürnberg sowohl wie in der Ihnen heute vorgelegten, ist ausdrücklich Bezug genommen worden auf eine Reihe gleicher Beschlüsse, die von früheren Parteitagen, in Lübeck und Dresden, beschlossen worden sind; insbesondere ist der Dresdener Beschluß in dieser Beziehung der formell allerhöchste, den je ein Parteitag gefaßt hat. Er verpflichtet nicht nur die Abgeordneten, die Mittel zur Weiterführung des Regimes der herrschenden Klassen ihren Regierungen zu verweigern, sondern er verbietet auch auf das allerentschiedenste jeden Versuch der Annäherung an bürgerliche Parteien. Unter denjenigen, die damals in Dresden der Resolution zustimmten, befanden sich mit ein bis zwei Ausnahmen fast alle süddeutschen Delegierten, die Delegierten aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen und es befanden sich unter ihnen auch die Genossen Kolb, Frank, v. Volkmann, Segel, Adolf Müller, Reil, Lindemann usw. usw.

Wir hätten also alles Recht gehabt, mit Hinweis auf den Dresdener Beschluß, viel schärfer vorzugehen, als tatsächlich geschehen ist, denn jene süddeutschen Genossen, die vor dem Nürnberger Parteitag das Budget bewilligt hatten, haben damals gegen den Beschluß gehandelt, dem sie selbst feinerzeit ihre Zu-

stimmung gegeben hatten. Das muß festgestellt werden und ebenso muß festgestellt werden, daß nach dem Nürnberger Parteitag die Mannheimer Genossen auf Antrag des Genossen Geiß einstimmig dem Beschluß die Zustimmung gaben. Wir konstatieren wieder, in welcher Art man jetzt im Gegensatz zu damals vorgegangen ist. Die, die jetzt in Baden dem Budget zugestimmt haben, haben direkt gegen ihre eigenen früheren Beschlüsse gehandelt. Es ist durchaus falsch, wenn man immer nur von Disziplinbruch redet. Ein solcher liegt allerdings vor, aber es liegt noch mehr vor, ein Bruch grundsätzlicher Feststellungen der Partei auf drei Parteitagen. Ob die Parteigenossen der Minorität damit einverstanden sind oder nicht, kommt nicht in Betracht, denn bei wichtigen Fragen wird selten Einstimmigkeit erzielt, und es ist immer eine ziemlich starke Minorität, die sich der Majorität fügen muß. Aber ohne das Fügen unter die Beschlüsse ist ein Parteiloben unmöglich. Fügen muß man sich unter allen Umständen, aber man hat das gute Recht, zu versuchen, die Beschlüsse umzustossen. Und da spricht man von Kadavergehorsam. (Sehr gut!)

Die badischen Genossen haben für ihr Vorgehen eine Reihe von Gründen geltend gemacht. Aber wenn zehnmal mehr Gründe vorlägen, die alle so berechtigt wären, wie ich die angeführten als unberechtigt ansehe, dann wäre das Vorgehen der badischen Genossen noch immer nicht berechtigt. In diesem Falle hätten sie sich eventuell der Abstimmung enthalten können. Dann wären die Genossen dem Nürnberger Beschluß entgegengekommen und hätten getan, was sie tun konnten. (Zustimmung.) Nun hat Frank in seinem Artikel in der Neuen Zeit versucht, die Sache auf ein andres Gleis zu schieben. Er schreibt: Der Nürnberger Parteitag hat keine Anweisung gegeben für den Fall, daß eine sozialdemokratische Fraktion zwar nicht die Mehrheit, aber einen Teil einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit bildet. Das war auch nicht nötig, weil sich bis dahin noch keine bürgerliche Partei gefunden hatte, die bereit und groß genug war, mit uns ein solches Bündnis zu schließen. Zum erstenmal in Deutschland bot sich nun für die badischen Genossen die Gelegenheit zum „Großbündnis“, und wir hielten uns für berechtigt und verpflichtet, im Interesse unserer Bewegung darauf einzugehen. War aber dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mußte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein, auf dessen Inhalt wir in monatelanger Arbeit Einfluß geübt hatten.

Eine durchaus falsche Auffassung! Wir haben uns in Nürnberg, was vielleicht ein Fehler war, mit der Großbündnisfrage gar nicht beschäftigt. Hätten wir es getan, dann wäre wieder das Geschrei über die Bevormundung der Genossen in den Einzelstaaten entstanden. Die Großbündnisfrage ist den Parteigenossen in Baden weder erlaubt noch verweigert worden. Der Parteitag hat dazu keine Stellung genommen. Wenn sie glaubten, daraus die Befugnis zur Überretung des Nürnberger Beschlusses herleiten zu dürfen, dann befinden sie sich auf dem Holzwege. (Sehr richtig!) Man hat ferner gesagt, das Verhalten der Badenser sei die Folge davon, daß wir in Nürnberg die Erklärung der 66 stillschweigend haben hingehen lassen. Das ist grundfalsch. Die Erklärung der 66 ist nichts weiter als eine Deklaration ihrer Ansicht und wir entscheiden nicht über Ansichten, sondern nur über Tatsachen. Ein Recht, wie die Badenser es getan haben, läßt sich aus der Erklärung nicht herleiten. Die Erklärung erkennt in ihrem Einleitungsatz dem deutschen Parteitag, als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei, die oberste Entscheidung in allen das ganze Reich betreffenden Angelegenheiten zu. Da, das ist doch wohl selbstverständlich, kann nicht in der Erklärung weiter: „Wir sind aber auch der Ansicht, daß in den jeweiligen Angelegenheiten der Landespolitik die gemeinsamen Programme den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbstständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß. Also es handelt sich um Ansichten. Die 66 meinten, die Landesorganisation allein habe zu entscheiden, nicht aber der Gesamtparteitag. Das ist eben die Streitfrage, um die es sich auch heute wieder handelt. Aber solange dieser Erklärung nicht die Tat folgte, hatten wir kein Recht, einzugreifen. Im Laufe der Debatte sind ja noch viel schärfere, mündliche Erklärungen gefallen. So sagte Timm: „Diese Resolution ist für uns unannehmbar, hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur entschiedenen Widerstand.“ Frank sagte: „Diese Resolution würde unsere parlamentarische Stellung untergraben.“ Das sagt Frank, obgleich sie 24 Stunden lang in Karlsruhe gegen das Budget stimmen wollten. (Hört, hört! und sehr gut!) An einer andern Stelle sagte Frank: „Treiben Sie es nicht zu äußersten.“ Also eine förmliche Drohung. Ähnlich äußerten sich Didenbrand-Stuttgart, Rauch-Hannover und David, der schon damals von Kadavergehorsam sprach. Nun, würde in der Armee ein solcher Kadavergehorsam herrschen, wie in unserer Partei, dann würden die Herren aus der Haut fahren und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Recht. (Lebhafte Zustimmung.)

Nunmehr liegt die Tat vor. Man hat sich nicht gefügt, man hat den Nürnberger Beschluß übertritten. Man hat von einem gar nicht zu reparierenden Schaden gesprochen, den man durch Verweigerung des Budgets der Partei zugefügt hätte. Vor Tisch las man das anders. Auf dem Albeder Parteitag hielt Reil, der damals noch auf der radikalen Seite stand (Weiterkeit), eine sehr scharfe Rede gegen Friedrich. Er sagte damals: Friedrich lobt es, daß unsere badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt werden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Verheerung für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß man uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentsmitgliedern einräumt. Die Sympathien der Volksmassen für uns würden schwinden, wenn wir durch schließliche Zustimmung zum Budget unserem eigenen Prinzip in die Gesicht schlagen würden. (Sehr gut!) Was für ein Schaden ist denn der Partei dadurch erwachsen, daß früher die badische Fraktion das Budget verweigerte? Ueber die badischen Genossen ist die Erleuchtung auf einmal gekommen, und ihr Propheet ist der Genosse Kolb. Der hat ja in Offenburg so ungefähr gesagt: Wir sind die Avantgarde für die neue Taktik. Unserem Beispiel wird Deutschland, Europa folgen, ich glaube sogar, die ganze Welt. (Weiterkeit.) Kolb hat in Offenburg und in seinen Artikeln im Volksfreund eine so scharfe Beurteilung unserer bisherigen Taktik, besonders der Taktik der Reichstagsfraktion ausgesprochen, daß die Frage ein ganz neues Gesicht gewinnt. (Sehr richtig!) Wir wären vollberechtigt, heute in eine Debatte über die Gesamttaktik der Partei einzutreten. Aber ich will diese Debatte nicht, ich will sie nicht auf Rücksicht auf das kommende Jahr. Erspart bleibt sie uns nicht, sie muß kommen. (Sehr richtig!) auch bei den Süddeutschen.) Es muß noch vieles anders kommen. Ich erinnere daran, daß in den sogenannten sozialistischen Monatsheften Dr. Bloch von uns fordert, daß wir für alle agrarpolitischen Forderungen, für das Reichsbudget usw. stimmen sollen, und daß ähnliche Anschauungen in der badischen Presse, in Mannheim und Karlsruhe ausgesprochen werden. (Frank ruft: Das ist niemals geschehen!) Da haben wir es allerdings sehr nötig, uns einmal darüber zu unterhalten, ob unsere Taktik, die wir seit 43 Jahren im Parlament befolgt haben, die uns groß gemacht hat, eine falsche war. Das letzte Jahr aber hat gezeigt, wie richtig unsere Taktik war. Die Wähler laufen uns in Scharen zu, darum, weil wir die ein-

zig feste Partei sind, die gegen Volksausbeutung, Volksdruck, Volksnebelung auf das allerenergisste Front gemacht hat. (Stürmischer Beifall. Zuruf bei den Süddeutschen: Da waren wir doch auch dabei!) Wenn ein Gegner von Negation der Sozialdemokratie redet, so denke ich mir, er ist ein dummes oder böswilliger Kerl, der eben nicht anders schreiben kann. Aber wenn ein Parteiführer wie Kolb, derart redet, so müssen wir uns fragen, ob solche Angriffe die allermindeste Berechtigung haben. Darüber später noch.

Die Haltung der badischen Parteigenossen in der Budgetfrage konnte gar nicht widerspruchsvoller sein, als sie gewesen ist. In der Kommission bei Beratung der Gemeindeordnung erklärte Herr v. Bodman, von einer Gleichberechtigung der Sozialdemokratie könne keine Rede sein; sozialdemokratische Bezirksräte würden nicht akzeptiert. Genosse... Herr v. Bodman (Große Weiterkeit) — ja, eigentlich war Herr v. Bodman viel korrekter als unsere Leute — Herr v. Bodman hat diese Erklärung abgegeben. Darauf große Entrüstung unter unsern Leuten. Genosse Frank erklärte in der Mainzer Volkszeitung, sie hätten zwar bereits seit Monaten für das Budget stimmen wollen, aber nach dieser ungeheuerlichen Erklärung hätte keine Rede mehr davon sein können. Das wäre die größte Beleidigung gewesen, die man der Partei habe antun können. Parteigenossen, wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der heutigen staatlichen Gesellschaftsordnung, sagt, er erkenne die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nicht an, so hat er von seinem Standpunkt ganz recht. (Frank: Unerhört!) Ich finde das ganz natürlich. (Frank: Unerhört!) Eine Beleidigung liegt nicht darin. Ist das nicht tausendmal gesagt worden? Als man uns das Sozialistengesetz um den Hals warf, da haben wir uns nicht beleidigt gefühlt, da waren wir empört, da waren wir von Zorn und Haß erfüllt, und wenn wir damals gekonnt hätten, wie wir innerlich wollten, so hätten wir losgeschlagen und hätten alles zertrümmert, was uns im Wege lag. Wir wären Verbrecher gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. Aber wir konnten es nicht, und da stehen wir es bleiben. Es ist also keine Beleidigung, wenn ein Minister derartiges sagt. Das wird uns allezeit und überall gesagt. Wer im Besitz der Macht ist, sucht darin zu bleiben. Der von den Badenern beschrittene Weg ist grundfalsch. Frank hat Herrn v. Bodman eine sehr komplizierte Natur genannt. Ich habe wenig von Herrn v. Bodman gehört, aber das wenige hat mir gefallen. Er scheint mir eine sehr einfache Natur zu sein. (Weiterkeit.) Der Genosse Frank ist für mich eine weit kompliziertere Natur. (Große Weiterkeit.) Ich habe auf den Genossen Frank große Hoffnungen gesetzt. (Hört, hört!) Er war mal eine Zeitlang mein Liebling (Große Weiterkeit), aber ich habe mich gewaltig getäuscht, er hat meine Hoffnungen betrogen. (Hört, hört!) Ueber die inneren Motive seiner merkwürdigen Sprünge bin ich mir bis heute noch nicht klar geworden, aber seine Taten sind nicht kompliziert, da bin ich mir sehr klar darüber, und gegen sie wende ich mich auf das allerentschiedenste.

Herr v. Bodman hat schon früher ganz ähnliche Erklärungen abgegeben, und Frank sprach schon 1908 von einer Sekrede, die v. Bodman gegen ihn gehalten habe. Nun haben freilich die badischen Parteigenossen das Glück gehabt, daß die badischen Konservativen und die Kreuzzeitung gegen Herrn v. Bodman Donner- und Blitze geschlagen haben, und über diese Strafhalme Herr v. Bodman stolpern sollte, nicht weil ich etwas Besonderes in ihm sehe, sondern weil in einem solchen Frostmäusekrieg nicht gleich ein Minister fallen muß. Und Herr Erberger braucht auch nicht in den Mund aufzusetzen, der doch weiß, daß viel höherstehende Leute als Herr v. Bodman das Sozialdemokratische ganz andere Komplimente gesagt haben. (Hört, hört!) Doch darüber noch später. Ich werde jetzt meine Erklärung v. Bodmans freier unter Gespöcher aufnehmen und beschließen: Ich verweigere mir das Budget. Der Beschluß ist ihnen aber sehr schwer geworden. Er kommt auch Herrn v. Bodman zu Ohren, und der sagt sich: es ist schön für mich, für das Land und alle bürgerlichen Parteien, wenn ich mir die Sozialdemokraten einfangen kann, und er erklärt in der Ersten Kammer, die Sozialdemokratie sei eigentlich eine großartige Bewegung, eine durchaus berechtigte Erscheinung. Ueber diese nichtsagende Erklärung sind nun unsere Leute so enttäuscht, daß sie eilig zusammenzutreten und beschließen: jetzt stimmen wir für das Budget. Alle Gefahren, die damit zusammenhängen, waren in diesem Augenblick vergessen. Ja, wer mit solchen nichtsagenden Reden eine ganze sozialistische Fraktion einfangen kann, der ist ein Staatsmann, aber diejenigen, die sich so fangen lassen, das sind keine Staatsmänner (Große Weiterkeit), auch wenn sie sich für noch so große Staatsmänner halten. Da kommt nun der Genosse Frank und erklärt, in diesem offenen, unigen Bekenntnis des Ministers liege etwas Großes, es schmehe darin eine Zurücknahme jener in der Kommission getanen Aeußerung des Ministers zu liegen, die unsere Fraktion so sehr verletzte und — nach kurzer Beratung kam die Fraktion zu dem Beschluß, das Finanzgesetz zu bewilligen, wie es die politische Lage verlangt haben soll.

Wir haben im Laufe der Jahre in der Partei manches zu kosten bekommen, aber ein solcher Unfall auf eine so nichtsagende Bemerkung hin ist mir noch nicht vorgekommen. Wo denn. Sie gläubiger Thomas (zu Dr. Frank), wo liegt denn in den Worten v. Bodmans die Gleichberechtigung, wo liegt darin die Wählbarkeit zu Bezirksräten? Der Minister hat gar nichts versprochen. Er ist konsequent auf seinem Standpunkt geblieben, nur Ihr (zu den Badenern), Ihr seid umgefallen. Aber da kommt Kolb und legt die kolossalen Vorteile auseinander, die die Budgetbewilligung der badischen Partei bringen muß, die geistliche Stellung, die sie im Lande hat. Die Nationalliberalen liegen zu unsern Füßen, die Regierung ebenso, und in zehn Jahren wird jeder Beamte Sozialdemokrat sein dürfen usw. usw. (Weiterkeit und Bewegung.)

Vor zehn Jahren, im Februar 1900, da hat Kolb auch prophezeit. Er hat prophezeit, daß wir das Frauenstimmrecht und die Förderung des Beginns der Wählbarkeit mit 20 Jahren über Bord werfen müßten. (Hört, hört!) Dabei wählt in der Schweiz jeder Awanzjährige, die Gesetgebung, die Richter, die Beamten, die Schullehrer, und dabei ist das Frauenstimmrecht in einem großen Siegeszuge begriffen, und Kolb hat oft genug in seinem Blatte solche Erfolge mitteilen müssen, die im Gegensatz zu seinen Prophezeiungen standen.

Vor drei Jahren hat Herr v. Bodman lebhaft bebauert, daß bei den Stichwahlen bürgerliche für sozialdemokratische Kandidaten eintreten, und er suchte bis zum letzten Augenblicke eine Einigung zwischen Zentrum und den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen. Er hat erklärt, daß er sozialdemokratische Beamte nicht dulde, und ist konsequent dabei geblieben. Frank führte in Nürnberg als einen Grund für die Bewilligung des Budgets die Vorsehung der Weichensteller an. Die badischen Weichensteller erhalten bis 1400 M., die preussischen Weichensteller erster Klasse bis 1700 M., zweiter Klasse bis 1500 M. Also selbst die preussischen Junker haben mehr für die Weichensteller gefaßt als die badische Parlamentsmehrheit. (Hört, hört!)

Was hat denn eigentlich Herr v. Bodman gesagt: „Die Bewegung der Sozialdemokratie kann man doch nicht schließlich als eine Krankheit bezeichnen: in bezug auf ihre Verneinung der Monarchie und in bezug auf ihre Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mag man sie utopisch nennen, aber sie ist zugleich eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, und man muß versuchen, ihren Bestrebungen zur Hebung der Arbeitermassen gerecht zu werden.“ Darauf folgten die Lobeshymnen am Volksfreund und der berühmte Umfall.